

8. VII. 1917

6

Die Ernährungskonferenz.

Wünsche und Beschwerden der Vertreter Wiens.

Wie bereits berichtet, fand gestern die zweite Konferenz der Wiener Volksvertreter zur Erörterung der Approvisionierungsfrage statt. Im Laufe der Nachmittagsdebatte wurden unter anderem auch die Transportbeschwerden eingehend erörtert.

Gegen eine Verkürzung der Brot- und Mehlsquote.

Gemeinderat Hein führte aus, er vermisste noch immer einen starken Versorgungsplan. Voriges Jahr seien wir von Dezember bis März wenigstens von Böhmen versorgt worden, jetzt sind wir ausschließlich auf Ungarn angewiesen. Erst im Frühjahr haben wir von Rumänien Mais zu erwarten. Gegen eine Verkürzung der Brot- und Mehlsquote müsse entschieden protestiert werden. Die länderweise Versorgung habe den großen Nachteil, daß die Kronländer sich überbeden, während für Wien kein Ueberschuß übrigbleibe.

Gemeinderat Dr. v. Dorn hofft, daß wir durch einen Friedensschluß mit Rußland die Möglichkeit erlangen, von dort Lebensmittel zugeführt zu erhalten.

Ankündigung der Eierkarte.

Oberst Wallenstorfer gibt Aufschlüsse über die Verteilung der rumänischen Ernte. Es sei der Vorwurf erhoben worden, daß die Communiqués des Ernährungsrates zu kostig gehalten seien. Als Grundlage für diese Communiqués dienten die deutschen Informationen, die sich nachträglich als zu günstig erwiesen. Im übrigen müsse er feststellen, daß Deutschland uns gegenüber sich stets kulant verhalten habe; so haben wir von der rumänischen Ernte statt der uns ursprünglich zugesicherten 40 Prozent 55 Prozent erhalten. Man werde alles tun, um im Inland noch etwas an Lebensmitteln zutage zu fördern. Mit Ungarn seien fortgesetzt Verhandlungen im Gange, und man werde sich von österreichischer Seite gewiß bemühen, unter allen Umständen von Ungarn so viel zu bekommen, daß unsere Versorgung für den Winter gesichert wird. Oberst Wallenstorfer erwähnt bei Besprechung der einzelnen Bedarfsartikel, daß die Kartoffelversorgung vorzüglich sei, und daß das Ernährungsamt an die Einführung der Eierkarte denke; man hoffe, daß man ein Ei pro Kopf und Woche werden ausgeben können.

Gemeinderat Müller kritisiert die Ausführungen des Eisenbahnministers, die wohl etwas allzu optimistisch gehalten seien. Redner führt hierauf Klage über den nach wie vor florierenden Schleichhandel.

Ungarische Schikanen.

Abg. Denk führt aus, Minister Höfer habe uns nur in ganz bogen Umrissen ein Bild von den Ernährungsaussichten in der nächsten Zeit gegeben. Die einzige positive Mitteilung sei die gewesen, daß wir für vier Wochen versorgt seien. Bei den Selbstversorgern auf dem Lande wären noch große Vorräte zu finden, die für den Wiener Verbrauch herangezogen werden sollten. Hauptsache sei und bleibe aber, von Ungarn ausreichende Zuschüsse zu erhalten. Redner befürwortet die Schaffung eines gemeinsamen Ernährungsministeriums. Generalmajor Landwehr von Pragenau schein aber gegenüber Ungarn recht wenig anzurichten. Wenn Generalmajor v. Landwehr beklage, daß der auf beiden Seiten herrschende gereizte Ton ein befriedigendes Fortschreiten der Verhandlungen erschwere, so müsse er darauf verweisen, daß man in Ungarn vielfach einen geradezu unerhörten Ton gegenüber Oesterreich anschlage. Kennzeichnend sei auch, daß man zum Beispiel den aus Siebenbürgen heimkehrenden Ferienkolonisten, die in Budapest mit kleinen Geschenken, bestehend aus Nahrungsmitteln, betraut wurden, diese Geschenke an der Grenze bei Preßburg wieder abgenommen habe.

Suder und Mehl.

Magistrat Dr. Moskovy verlangt, daß die in den Fabriken eingelagerten Zuderborräle der Stadt Wien zugeführt werden. Was die Mehlvorräte anlangt, so fordert er, daß man der Gemeinde Wien wenigstens das zur Versorgung einer Woche erforderliche Quantum als eiserne Reserve zur Verfügung stelle. Das Mindestquantum für eine Woche betrage 220 Waagons.

Die Wiener Kohlenversorgung.

Arbeitsminister Ritter v. Domanig erklärt, daß die Ernährungsfrage letzten Endes nur eine Transportfrage sei. Dank der Bemühungen des Arbeitsministeriums verfüge die Gemeinde Wien derzeit über eine eiserne Reserve an Kohle, die dem Hausbrand von 56 Tagen gleichkomme. Für dieselbe Zeit seien die städtischen Gaswerke und das Elektrizitätswerk versorgt. Für später schon jetzt bestimmte Garantien zu geben, sei er nicht in der Lage.

Abg. Jenker beantragt mit Rücksicht darauf, daß nach den Ergebnissen der heutigen Beratung die Lösung sowohl der Approvisionierungs- als auch der

Kohlenfrage von der Behebung der Transportbeschwerden abhängt, die Vertreter der hierbei in Betracht kommenden Ressorts aber nicht zugegen seien, eine neue Konferenz einzuberufen und zu dieser auch die Vertreter der Zentraltransportleitung einzuladen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner schließt sich diesem Antrag an und verlangt, daß auch der Kriegsminister zu dieser neuen Konferenz geladen werden solle.

Nach einem Schlusswort des Ackerbauministers wird hierauf die Konferenz geschlossen.